

LEITARTIKEL • VIERFACHMORD

Gerechtigkeit, nicht Rache

Einer der spektakulärsten Mordprozesse im Land geht zu Ende: Ein halbes Jahr lang wurde vor dem Ulmer Landgericht der Vierfachmord von Eislingen verhandelt. Heute wird das Urteil gesprochen. Die Öffentlichkeit wartet gespannt auf die Entscheidung, die die 6. Große Jugendkammer zu treffen hat. Doch die drei Richter und zwei Schöffen sind um ihre Aufgabe nicht zu beneiden.

Zwei Freunde sollen die Eltern und Schwestern des Einen erschossen haben – kaltblütig, heimtückisch, eine regelrechte Hinrichtung. Diese Tat ist so unfassbar und unverständlich, weil sie unser Vorstellungsvermögen überfordert. Alle moralischen und gesellschaftlichen Maßstäbe, Regeln und Konventionen wurden außer Kraft gesetzt, ohne erkennbares Motiv nahezu eine ganze Familie ausgelöscht.

Offenbar – dies hat die Hauptverhandlung gezeigt – haben sich die mutmaßlichen Täter ihr ganz eigenes Recht geschaffen, sich in ihrer Parallelwelt zum Herrscher über Leben und Tod aufgeschwungen.

Kein Wunder, dass nun die viel zitierte Stimme des Volkes nach Höchststrafen ruft. Nicht nur vor dem Ulmer Justizgebäude und auf dessen Fluren; zur Verhandlung selbst ist ja die Öffentlichkeit bis auf wenige Journalisten nicht zugelassen. Offenbar ruft diese Stimme schon so laut, dass sogar die Staatsanwaltschaft für einen der beiden jugendlichen Angeklagten eine Strafe fordert, die so hart ist, dass sie schon wieder eher einen Symbolcharakter bekommt: Lebenslang, die besondere Schwere der Schuld und der Vorbehalt der Sicherungsverwahrung.

Nicht nur Juristen wie der renommierte Tübinger Strafrechts-Professor Jörg Kinzig schütteln darüber den Kopf. Wenn ein Täter vorzeitig aus der lebenslangen Haft entlassen werden will, braucht er eine günstige Prognose. Dann kommt er aber nicht in Sicherungsverwahrung. Umgekehrt bleibt er bei einer schlechten Prognose ohnehin in Haft – also ist die Sicherungsverwahrung gar nicht nötig.

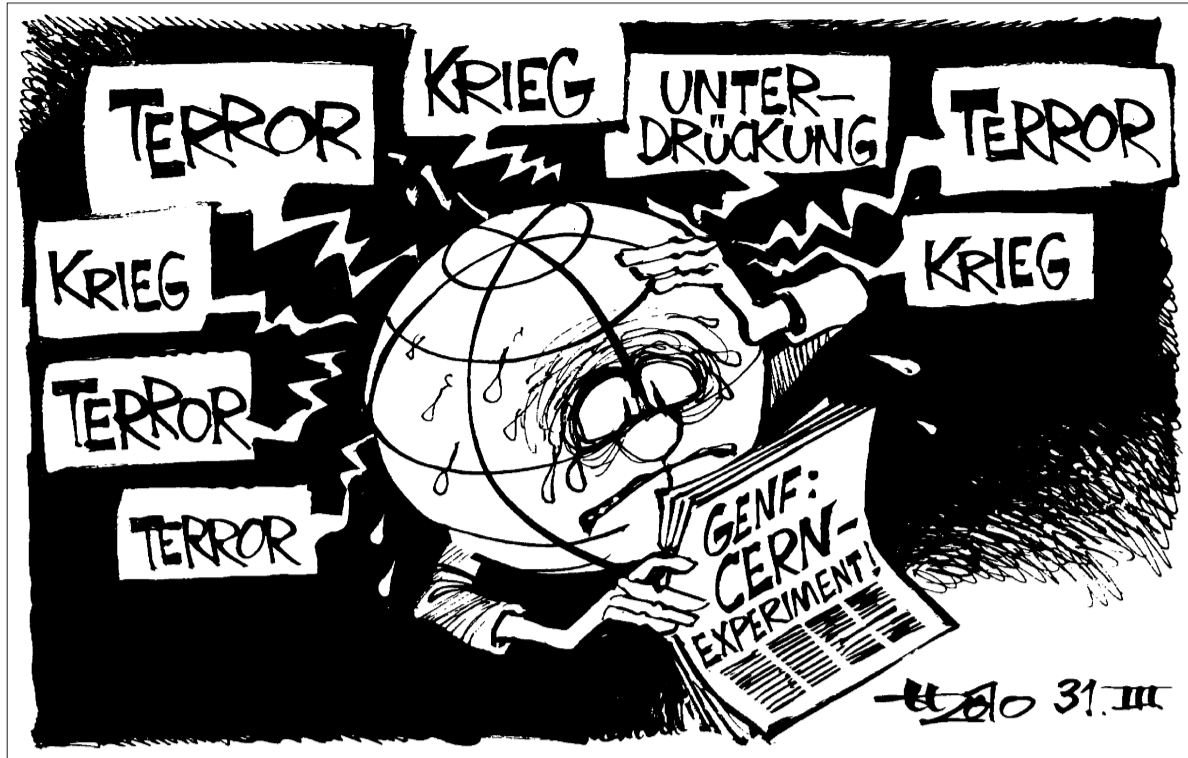
Dies zeigt aber auch, welch gewaltiger Druck auf der Kammer und den anderen Prozessbeteiligten lastet. Das von der Staatsanwältin für Andreas geforderte Strafmaß ist so hoch, dass sich Kinzig an kein vergleichbar hartes Urteil erinnern kann. Frederik soll mit einer Jugendstrafe – auch hier wurde mit zehn Jahren ohne Berücksichtigung seiner Geständnisse die Höchststrafe gefordert – davonkommen, weil er aus Freundschaft gehandelt haben soll. Wie würde die Öffentlichkeit ein solches Urteil aufnehmen? Zwei Täter werden für dieselben Morde verurteilt und bekommen derart un-

Auch an Richtern geht der Zeitgeist nicht vorbei

terschiedliche Strafen. Und der Ältere, der laut Geständnis alleine geschossen haben will, kommt auch noch glimpflicher davon.

Das sind Überlegungen, die die Kammer nicht zu interessieren haben. Das Grundgesetz sagt in Artikel 97: „Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetze unterworfen.“ Doch Richter sind auch nur Menschen, auch an ihnen geht der Zeitgeist nicht spurlos vorüber. Ein Trend zu harten Urteilen ist sicher da, die Zahl der Täter, die in Sicherungsverwahrung sitzen, ist von 180 in den 1990er-Jahren auf nun mehr als 500 angestiegen. In der Debatte über eine weitere Verschärfung dieses Instruments hat im Februar sogar der Präsident des Bundesgerichtshofs, Klaus Tolkdorf, vor einer „Sicherheitshysterie“ gewarnt.

Andreas und Frederik haben mutmaßlich Furchtbares getan, für das es weder eine Erklärung noch eine Entschuldigung gibt. Sie müssen, sollten sie schuldig sein, gerecht bestraft werden. Aber Rachegeanken sind fehl am Platz, denn wie alle Straftäter haben sie Vergebung und die Chance auf eine Rückkehr in die Gesellschaft verdient. Wenn ihnen das überhaupt möglich ist mit der Last, die sie auf ihr Gewissen geladen haben. DIRK HÜLSER



„Schwarzes Loch, erlöse mich!“

Zeichnung: Horst Haitzinger

Gymnasien als Brücke

Merkel unterstützt deutsch-türkische Bildungseinrichtungen

In politischen Fragen bleibt Dissens. Doch beim Kulturaustausch waren sich Kanzlerin Merkel und ihre türkischen Gesprächspartner einig: Sie wollen im Bereich der Bildung enger zusammenarbeiten.

Istanbul. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) will den kulturellen und wissenschaftlichen Austausch mit der Türkei verstärken. Beim Besuch einer deutschsprachigen Schule in Istanbul machte sie sich gestern auch für die Gründung der geplanten deutsch-türkischen Universität stark. „Wir erhoffen uns sehr viel von dieser deutsch-türkischen Universität“. Sie stellte Forschungsmittel für das Projekt in Istanbul in Aussicht. Das türkische Parlament wollte noch gestern über die Universität entscheiden.

Der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu, selber Absolvent eines deutschsprachigen Gymnasiums in Istanbul, bekräftigte die Bedeutung dieser fremdsprachigen Gymnasien im türkischen Bildungssystem. Diese seien Brücke zwischen den Ländern. „Aber jede Brücke hat zwei Enden“, sagte er. Wenn türkische Schüler Goethe lernten, deutsche Schüler sich dann aber auch mit den Lehren des islamischen Mystikers und Dichters Mevlana befassen, werde das Band noch enger. „Die Bildung, die man

erhalten hat bildet später die Grundwerte“, sagte er.

Nach dem Besuch der Hagia Sophia und der Blauen Moschee nahm Merkel an einem deutsch-türkischen Wirtschaftsforum teil. Zu diesem Treffen wurde auch der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan erwartet.

Merkel und Erdogan hatten sich am Vortag trotz intensiver Gespräche kaum angenähert. Beim Auftakt des zweitägigen Kanzlerin-Besuchs bemühten sich beide Seiten zwar um verbindliche Töne, die Streitthemen bestanden aber fort: die Integration von Türken in Deutschland, die Sanktionierung der iranischen Atompollit und Ankaras Wunsch nach einer Vollmitgliedschaft in der EU, was Merkel ablehnt.

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Olaf Scholz kritisierte Merks Haltung zu einem möglichen EU-Beitritt der Türkei. „Wer die In-

tegration türkischer Migrantinnen und Migranten in Deutschland vorantreiben will, darf die Integration der Türkei in die EU nicht für unmöglich halten“, sagte er. Die Politik der Kanzlerin sei „nicht logisch“.

Unterstützung erhält Merkel dagegen von Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP). Die Türkei habe „noch einen weiten Weg“ vor sich. „Aus rechtsstaatlicher Sicht sehe ich noch deutlichen Nachholbedarf. Bei Themen wie Gleichbehandlung von Frau und Mann, Unabhängigkeit der Justiz und einer fairen rechtsstaatlichen Behandlung bei Festnahmen erfüllt die Türkei noch nicht die Kriterien, auf die sich die Europäische Union als Wertegemeinschaft letztlich stützt.“

Merkel beharrte auch bei ihrem Besuch auf einer „privilegierten Partnerschaft“ statt einer Vollmitgliedschaft der Türkei. dpa

Enge Verflechtung in der Wirtschaft

Der wichtigste Handelspartner der Türkei ist Deutschland. Rund zehn Prozent der türkischen Exporte gehen nach Deutschland, etwa ein Zehntel der türkischen Einfuhren stammen von dort. Deutschland stellt auch die größte Anzahl ausländischer Firmen:

In der Türkei gibt es rund 4000 Unternehmen mit deutscher Kapitalbeteiligung. **Neben Großkonzernen** wie Siemens, Daimler und Bosch sind in den vergangenen Jahren auch immer mehr deutsche Klein- und

Mittelbetriebe in die Türkei gegangen. **Hindernisse im bilateralen Handel** gibt es jedoch. Türkische Wirtschaftsvertreter fordern nachdrücklich die Abschaffung der Visumpflicht für Reisen nach Deutschland. höh

KOMMENTAR • EL MASRI

Im Stich gelassen

So rechtsstaatlich einwandfrei das Urteil gegen Khaled El Masri auf den ersten Blick zustande gekommen ist – unjuristisch betrachtet, wirft es viele Fragen auf. Natürlich kann niemand überraschen, dass der Deutsch-Libanese wegen seines Angriffs auf den Neu-Ulmer Oberbürgermeister verurteilt wurde – ihn selbst am allerwenigsten. Er hat das Stadtoberhaupt in dessen Amtszimmer überfallen und ohne Vorwarnung mit mehreren Faustschlägen niedergestreckt. Er ist Wiederholungsdelinquant und Bewährungsbrüchler und konnte schon deshalb von vornherein nicht auf Gnade hoffen.

Und doch ist der Gedanke der Verteidigung interessant, ein absolutes Verfahrenshindernis im Verhalten der Bundesrepublik selbst zu sehen. Darf der Staat jemanden bestrafen, den er bei der Aufklärung des an ihm begangenen Unrechts

im Stich gelassen hat? Was für ein Bild entsteht bei El Masri und seiner Familie, wenn die Körperverletzung bestraft wird, seine namentlich bekannten Peiniger vom CIA aber nicht belangt werden? Dass die Bundesrepublik wegen der transatlantischen Beziehungen die von der Staatsanwaltschaft München ausgestellt Haftbefehle gegen 13 CIA-Beamte nicht weiterleitet, ist ebenso Unrecht, wie es der Gewaltakt an dem Oberbürgermeister ist.

Das Beispiel des Bremer CIA-Opfers Murat Kurnaz, der unschuldig vier Jahre lang in Guantanamo saß, zeigt, dass es auch anders geht. Das Land Bremen hat sich wegen seiner eigenen Verstrickung in den Fall öffentlich entschuldigt und dem Mann bei dessen Rehabilitierung geholfen. Auch El Masri will nichts anderes als eine Entschuldigung. Auf die aber wartet er seit bald sechs Jahren vergeblich. HANS-ULI MAYER

In Baden-Württemberg geht es wieder voran

Schwerste Wirtschaftskrise der Geschichte überwunden – 2010 leichtes Wachstum

Stuttgart. Baden-Württemberg kämpft sich aus der schwersten Wirtschaftskrise seiner Geschichte. 2009 schrumpfte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 7,4 Prozent, teilte das Statistische Landesamt mit. In diesem Jahr sehen die Experten jedoch Anzeichen für eine Erholung und erwarten ein Wachstum von 1,5 Prozent. Der Einbruch 2009 war deutlich dramatischer als im Krisenjahr 1993, als das BIP real um 4,1 Prozent sank. Unter den Bundesländern stürzte der Südwesten auf den vorletzten Platz ab. Nur das Saarland stand mit minus 7,9 Prozent schlechter da. Bundesweit sank die Wirtschaftsleistung um 5 Prozent. Die Wirtschaft in Baden-Württemberg ist viel stärker als in anderen Regionen von der Industrie und vom Export abhängig. Deshalb war die Weltwirtschaftskrise hier besonders stark zu spüren. So verbuchte die Schlüsselbranche Maschinenbau ein Minus von 29 Prozent. dpa/nik

Der Göttinger Staatsrechtler Hans Michael Heinig stellt in der Studie zunächst klar, dass die Vermietung von Werbeflächen oder Ausstellungsständen auf Parteitagen und vergleichbaren Veranstaltungen nicht nur erlaubt, sondern sogar erwünscht sei. Das Grundgesetz verlange schließlich von den Parteien, sich nicht ausschließlich aus staatlichen Zuwendungen zu finanzieren, sondern auch aus Beiträgen, Spenden und anderen Einnahmen, um damit ihre „Verwurzelung und gesellschaftliche Akzeptanz“ nachzuweisen.

Sponsoring und Werbung gehören für Heinig demnach zu den legitimen Finanzierungsquellen der Parteien. Allerdings gelte für solche

STICHWORT • TEILCHENBESCHLEUNIGER

Blick ins frühe Universum

Der Large Hadron Collider (LHC) ist der größte jemals gebaute Teilchenbeschleuniger. Er befindet sich am Europäischen Kernforschungszentrum Cern in der Nähe von Genf. In dem 27 Kilometer langen und knapp 4 Meter hohen Tunnel im schweizerisch-französischen Grenzgebiet werden Protonen nahezu auf Lichtgeschwindigkeit beschleunigt. Die Teilchen sind dann so schnell, dass sie 11 000 Mal pro Sekunde durch die ringförmige Anlage fliegen. Supraleitende Magneten halten sie auf der Kreisbahn.

Die Protonen-Strahlen werden in einem Vakuum mit einer Energie von je 3,5 Billionen Elektronenvolt aufeinandergeschossen. Die Energie ist vergleichbar mit der eines 400 Tonnen schweren Zuges bei einer Geschwindigkeit von 150 Kilometern in der Stunde. Bis zu einer Milliarde Mal pro Sekunde prallen dann einzelne Protonen aufeinander. Deren elementare Bestandteile – Quarks und Gluonen – erzeugen neue Teilchen und setzen Energie frei. Es werden Temperaturen erreicht wie in der ersten Billionstelsekunde nach dem Urknall. Die Beobachtung der Prozesse im LHC ist daher wie ein Blick auf einen Moment kurz nach der Entstehung des Universums im Urknall. Die Kosten des LHC belaufen sich laut Cern auf 6,5 Milliarden Schweizer Franken (rund 4,5 Milliarden Euro).

Die Physiker erklären die Existenz und das Verhalten aller Elementarteilchen mit dem so genannten Standardmodell. Leider gehen die Berechnungen nur auf, wenn die Teilchen keine Masse hätten. Der englische Physiker Peter Higgs rettete das Modell 1964, indem er die Existenz eines Felds oder Teilchens voraussagte, das den anderen Teilchen ihre Masse verleiht. Dieses wird am LHC gesucht. apn

Verlangt eine Partei Geld für Gespräche mit Amtsträgern, so verstößt sie gegen geltendes Recht. Zu diesem Ergebnis kommt ein Gutachten.

Gutachten: CDU-Sponsoring war unzulässig

Für Gespräche mit Amtsträgern dürfen Parteien nicht kassieren

Verlangt eine Partei Geld für Gespräche mit Amtsträgern, so verstößt sie gegen geltendes Recht. Zu diesem Ergebnis kommt ein Gutachten.

GUNTHER HARTWIG

Berlin. SPD-Schatzmeisterin Barbara Hendricks will auf der sicheren Seite sein. Nachdem die CDU in Nordrhein-Westfalen und Sachsen privaten Partnern aus der Wirtschaft politische Gespräche mit dem Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers und Stanislaw Tillich gegen einen Aufpreis auf die Stadtmiete bei Partei-Veranstaltungen angeboten hatte und dafür öffentlich scharf kritisiert worden war, gab die Genossin ein Rechtsgutachten zum Thema Werbung und Sponsoring in Auftrag. Das Fazit dieser Untersu-

chung: Einnahmen aus solchen Gesprächskontakten stellen eine nach dem Parteiengesetz verbotene Spende dar.

Der Göttinger Staatsrechtler Hans Michael Heinig stellt in der Studie zunächst klar, dass die Vermietung von Werbeflächen oder Ausstellungsständen auf Parteitagen und vergleichbaren Veranstaltungen nicht nur erlaubt, sondern sogar erwünscht sei. Das Grundgesetz verlange schließlich von den Parteien, sich nicht ausschließlich aus staatlichen Zuwendungen zu finanzieren, sondern auch aus Beiträgen, Spenden und anderen Einnahmen, um damit ihre „Verwurzelung und gesellschaftliche Akzeptanz“ nachzuweisen.

Sponsoring und Werbung gehören für Heinig demnach zu den legitimen Finanzierungsquellen der Parteien. Allerdings gelte für solche

Einkünfte, dass Leistung und Gegenleistung „in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen“ müssen. Fordere eine Partei für eine „Gespräch Gelegenheit“ etwa mit einem Ministerpräsidenten oder Kabinettsmitglied an einem angemieteten Stand ein gesondertes Honorar, so handele es sich dabei um eine nach geltendem Recht unzulässige Spende, für die ein Annahmeverbot besteht. Gegen ein Dankeschön beim Sponsor im Rahmen eines „Smalltalk“ sei jedoch nichts einzuwenden, betont Heinig.

Der Rechtsprofessor sieht allerdings keinen Bedarf, das geltende Parteienrecht zu verschärfen. Heinig vertraut vielmehr einer effektiven öffentlichen Kontrolle – wie im Fall des CDU-Sponsorings in Nordrhein-Westfalen und Sachsen. Verbote, so die Überzeugung des Staatsrechtlers, seien am Ende weniger

NOTIZEN

Hotline für Opfer

Die katholische Kirche hat eine Telefon-Hotline für Missbrauchsoffer eingerichtet. Unter der Telefonnummer 0800-1201000 stehen geschulte Berater und Therapeuten für alle zur Verfügung, die in katholischen Einrichtungen solche Übergriffe erlebt haben. Die Telefonbetreuung ist dienstags, mittwochs und donnerstags von 13 bis 20.30 Uhr besetzt.

EU verhängt Landeverbot

Alle Fluggesellschaften aus dem Sudan und den Philippinen dürfen ab sofort aus Sicherheitsgründen nicht mehr auf Flughäfen in Europa landen, der Betrieb der Iran Air wurde eingeschränkt. Das hat die EU-Kommission beschlossen und die Gesellschaften auf eine schwarze Liste gesetzt. Auf ihr stehen 278 Unternehmen aus 17 Ländern, vor allem aus Afrika und Asien.

Iran befreit Diplomaten

Iranische Geheimdienstagenten haben einen vor knapp einhalb Jahren in Pakistan entführten iranischen Diplomaten befreit und in sein Heimatland zurückgebracht. Der iranische Geheimdienstminister Heidar Moselehi sagte, der Iran habe Pakistan zuvor vergeblich um Unterstützung gebeten. Er beschuldigte die Geheimdienste der USA und Israels, den Entführer des Diplomaten geholfen zu haben.

Europa bremst Flüchtlinge

Die EU hat im Jahr 2009 erheblich weniger besonders bedrohte Flüchtlinge aus dem Irak aufgenommen als versprochen. Laut EU-Kommission kamen statt des ursprünglich zugesagten Kontingents von bis zu 10 000 Irakern nur 4240 Flüchtlinge – mehr als 2000 von ihnen kamen nach Deutschland. Der Unions-Fraktionsvize im



Wolfgang Bosbach: Auch andere EU-Staaten sollen ihre Verpflichtung erfüllen.

Bundestag, Wolfgang Bosbach (CDU), sagte, die EU solle darauf dringen, „dass auch die anderen europäischen Staaten ihre Verpflichtungen erfüllen so wie Deutschland auch.“

Massenklage gegen Elena

Bundesweit wollen rund 22 000 Menschen Verfassungsbeschwerden gegen die zentrale Speicherung der Arbeitnehmerdaten einlegen. Für den elektronischen Entgeltnachweis (Elena) müssen Arbeitgeber seit Jahresbeginn zum Teil hochsensible Daten ihrer Arbeitnehmer an eine zentrale Speicherstelle weiterleiten.

ZITAT DES TAGES

Ich will, dass die Osterseiwelle weitgehend ohne Störungen abläuft.

Peter Ramsauer

Der Bundesverkehrsminister (CSU) ruft die Bundesländer auf, Baustellen auf stark befahrenen Strecken rasch abzubauen und auf Ausweichstrecken ganz zu verbieten.

wirksam als Transparenz und die Androhung von Sanktionen durch die Wähler. Freilich könne man darüber nachdenken, dass – ähnlich wie bei Spenden – auch Leistungen von Sponsoren ab einer gewissen Höhe (zum Beispiel 20 000 Euro) zeitnah veröffentlicht werden müssten.

SPD-Schatzmeisterin Hendricks sieht nach dem Gutachten die Sponsoring-Praxis der NRW-CDU weiterhin kritisch. Während Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) nach Prüfung durch die Parlamentsverwaltung keinen Verstoß der Union gegen das Parteiengesetz erkennen konnte, sagt die Genossin: „Ob die NRW-CDU die Bundestagsverwaltung korrekt informiert hat, weiß ich nicht.“ Auch Gutachter Heinig meint zum Fall Rüttgers: „Wir haben eine klare Rechtslage und eine unklare Faktenlage.“